

# JUNGER KÄMPFER

Nr. 12 Dez. 1930 2. Jahrgang

Organ der K. J. V. D. (Opposition)

## 11000 km: Bombay-Gollnow

Kurz vor Redaktionsschluß erreicht uns aus Bombay (Indien) ein Brief unseres Genossen Abdul Karim, den er noch kurz vor seiner Verhaftung absenden konnte. Den Lesern wird unser indischer Freund kein Unbekannter sein. Noch als er in Deutschland war, hat er eifrig die revolutionäre Arbeit der kommunistischen Jugend-Opposition unterstützt. Eine Reihe Artikel über das Problem der indischen Revolution und die Rolle der indischen Jugend sind von ihm im „Jungen Kämpfer“ erschienen. Vor wenigen Monaten wollte er noch in unserer Mitte.

Als die Nachricht von weiteren revolutionären Kämpfen gegen den englischen Imperialismus nach Europa drangen, brach er sein Studium kurzerhand ab und kehrte nach Indien zurück. Mit den wenigen oppositionellen Kommunisten in dem riesigen indischen Kolonialreich gelang es ihm bald, unter wichtigen Schichten des Bombayer jungen Industrieproletariats Vertrauen zu gewinnen. Er wurde Mitglied des Bombayer Komitees des Allindischen Nationalkongresses und Vorstandsmitglied in der Girni-Kamgar-Union, einer indischen Gewerkschaft. Seine revolutionäre Tätigkeit hat ihm den Haß der englisch-indischen Kolonialverwaltung zugezogen. Seit Wochen waren ihm die englischen

Polizeispitzel auf den Fersen. Wenige Tage vor der Verhaftung berichtete er noch über das weitere Vordringen des kommunistischen Gedankens unter den gegen die englische Sklaverei in Rebellion stehenden indischen Volksmassen. Nunmehr ist es den Henkern

doch gelungen, unseren Genossen Abdul dem Gericht auszuliefern.

Mit noch einem anderen indischen Genossen wurde er zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Wer die Zustände in den indischen Gefängnissen sogar aus Schilderungen



Bild rechts oben: Unser Genosse Werner Jurr in der Festung Gollnow (Pommern), der dort seine einjährige Festungsstrafe verbüßen muß.

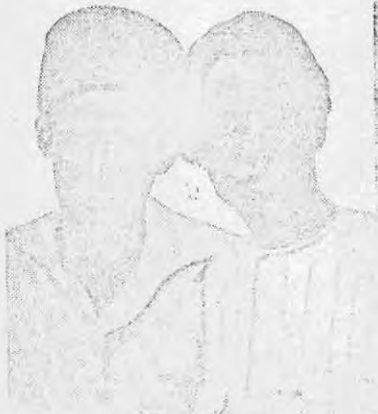


Bild links unten: Mit dem Turban unser Genosse Abdul Karim. Er wurde zu einem Jahr Kerker verurteilt. Neben ihm ein anderer indischer Kommunist.

In der Mitte: Eine Landkarte von Europa und Asien, Gollnow und Bombay, wo unsere Genossen hinter Gefängnismauern sitzen, sind groß eingezeichnet. Die Entfernung beträgt 11.000 km.

der bürgerlichen Presse kennengelernt hat, der weiß, was das bedeutet.

Der Kampf der Kommunisten ist ein internationaler. Dort in Bombay unser Genosse Abdul und in Deutschland unser Genosse Werner Jurr. Beide sitzen sie hinter Kerkermauern, weil sie konsequent und rücksichtslos für den Sieg des Kommunismus wirkten. Werner Jurr wurde wegen seiner antimilitaristischen Tätigkeit zu einem Jahr Festung verurteilt. Die imperialistischen Kriegshetzer und Unterdrücker der Kolonialvölker sollen nicht glauben, daß sie mit ihrem Terror der Revolution Einhalt gebieten können. Die revolutionäre Jugend wird diese Scharte auswetzen, indem sie immer neue Kolonnen des Jungproletariats in ihre Front einreicht.

# Jungsozialisten aufgelöst

Beschluß des Berliner Bezirksvorstandes und der Kreisleiter der SPD. Der „Vorwärts“ vom 21. 11. 30 meldet:

„Der Bezirksvorstand wie die Kreisleiter der SPD. haben folgenden Beschluß gefaßt: Die Jungsozialistische Vereinigung im Bezirk Berlin wird aufgelöst.

Gründe:

Entgegen allen Erklärungen und Beschlüssen des Bezirksvorstandes und der Vorstandskonferenz vom 17. Oktober haben Genossen in leitenden Stellen der Jungsozialistischen Vereinigung die Anziehung eines Jungproletarischen Ordnerdienstes nicht nur gebilligt, sondern aktiv unterstützt.

Von Breslau und anderen Städten ausgehend, wurden über das ganze Reich die Aktionen für eine selbständige proletarische Wehrorganisation eingeleitet.

Die Jungsozialistische Organisation will sich ganz bewußt zu einer Partei in der Partei auswirken.

Der Bezirksverband Berlin der SPD. hat schon im Jahre 1925 einen Antrag auf Auflösung der Jungsozialistischen Vereinigung an den Reichsparteitag in Heidelberg gestellt. Dieselben Gründe, die vor fünf Jahren den Bezirksverband und seinen Bezirksparteitag bestimmten, die Auflösung zu fordern, bestimmen auch heute den Bezirksvorstand unter Berücksichtigung der jüngsten Vorkommnisse im Interesse der Partei die Auflösung der Jungsozialistischen Vereinigung zu beschließen.

Der Bezirksvorstand und die Kreisleiter wenden sich mit der Auflösung der Jungsozialistischen Gruppe keineswegs gegen die treu zur Partei stehenden jüngeren Genossen und Genossinnen. Sie fordern diese Genossen und Genossinnen auf, sich in den Abteilungen des Bezirksverbandes im Interesse der Partei und der Arbeiterbewegung zu betätigen.

Der Bezirksvorstand und die Kreisleiter erklären, daß sie rücksichtslos gegen jedes Parteimitglied einschreiten, das den Jungproletarischen Ordnerdienst, der vom Bezirksvorstand, von der Abteilungsvorstände und Kreisleiterkonferenz nicht anerkannt ist, fördert, unterstützt oder ihm weiter angehört.“

## Kann man in der SPD. gegen den Faschismus kämpfen?

Die Auflösung der Jungsozialistischen Vereinigung in Berlin ist eine Maßnahme, die der Bezirksvorstand der SPD. von Berlin in engster Uebereinstimmung mit dem Hauptvorstand getroffen hat. Sie ist nur zu verstehen im Zusammenhang mit den neuen Kapitulationen, die die sozialdemokratische Führerelique vor der Brüning-Regierung zu tun gedenkt. Dieser Schlag gegen die Jungsozialisten richtet sich nicht nur gegen diese Vereinigung der jungen sozialdemokratischen Parteimitgliedschaft, sondern sie ist ein ganz wohlüberlegter und brutaler Angriff auf die immer stärker werdende Opposition in den Reihen der sozialdemokratischen Partei. Die SPD. kann es sich in der heutigen Zeit nicht mehr leisten, die sogenannte innere Demokratie gegenüber linken Auffassungen, die ein Zurück zur Klassenkampfpolitik fordern, aufrechtzuerhalten. Ihr Bündnis mit der reaktionären Brüningregierung verpflichtet sie, mit der größten Rücksichtslosigkeit jetzt die Opposition vernichtend zu schlagen.

Um die ganze Bedeutung dieser Tatsache zu ermessen, muß man zur gleicher Zeit eine andere Seite beleuchten. Als der sozialdemokratische Professor Sinzheimer mit dem sogenannten überparteilichen Schiedsgericht sich dem Diktat der Lohnabbau-For-

derungen der Berliner Metallindustriellen fügte, konnte man in den ersten Tagen eine leise Kritik an seinem Verhalten auch in sozialdemokratischen Zeitungen lesen. Diese Kritik mußte man schreiben, um den Eindruck zu erwecken, als ob die SPD. als Ganzes gesehen, diese Stellungnahme nicht billige. Heute liegen die Dinge klar. Die Stellungnahme Sinzheimers war eine logische Fortsetzung der Unterstützungspolitik der SPD. Mit dieser Hilfe wurde der gesamten deutschen Arbeiterschaft in Schlag versetzt, den auch Brüning nicht brutaler führen konnte. Die Politik der SPD. ist heute eine Politik der Sinzheimer. Vergeblich sucht man nach disziplinarischen Maßnahmen gegen diesen Sinzheimer, der so offensichtlich die gesamte deutsche Arbeit-

## Seid unbesorgt!

„Die allgemeine Förderung der Arbeit überläßt es dem gesunden Verstand des Proletariats, den gewissenlosen, spekulativen und provokatorischen Charakter des kommunistischen Vorschlages richtig zu beurteilen, aber sie hält es für ihre Pflicht, in der Stunde, in der die politischen Leidenschaften aufwallen und zwei, den proletarischen Gewerkschaften fernstehenden Kräfte (gemeint sind die Faschisten und die alten bürgerlichen Parteien, D. Redaktion) sich um den Besitz der Staatsmacht streiten, die Arbeiter davor zu warnen, den Spekulationen und Hetzereien gewisser Parteien und politischer Gruppen Gehör zu schenken, die bestrebt sind, das Proletariat in einen Kampf zu verwickeln, dem es unbedingt fernbleiben muß, um nicht seine Unabhängigkeit aufs Spiel zu setzen. Wir fordern die Arbeiter auf, sich ruhig zu verhalten und unbesorgt in die Zukunft zu blicken. . . .“

Confederazione Generale de lavoro.  
(Italienischer Gewerkschaftsbund.)  
Rom, Oktober 1922.

Diese Antwort gaben die reformistischen italienischen Gewerkschaftsführer auf den Vorschlag der Kommunisten, sofort alle Maßnahmen zum Generalstreik gegen die faschistischen Horden zu ergreifen. Wenige Tage später in demselben Monat marschierte Mussolini mit seinen Schwarzhemden in Rom ein. Die Faschisten hatten gesiegt, ihre Diktatur führte seit jenen Tagen einen Vernichtungszug gegen alle Arbeiterorganisationen. Selbst die reformistischen Verbände fielen ihnen zum Opfer. Heute ist die Arbeiterbewegung Italiens zertrümmert. „Unbesorgt sollten sie in die Zukunft blicken“, riefen die Gewerkschaftsführer den Arbeitern noch zu, als Mussolini bereits seine Banden zum Marsch mobilisierte. Soll es auch in Deutschland so werden?

terbewegung schädigte. Das beweist, daß die im Beschluß des Berliner Bezirksvorstandes angeführten Gründe nur Scheingründe sind, daß es sich nicht um die Abwehr einer Parteischädigung, sondern um die Unterdrückung einer wirklichen proletarischen Klassenpolitik handelt.

Wenn der Bezirksvorstand der SPD. erklärt, daß sich die jüngeren Genossen und

Genossinnen im Interesse der Arbeiterbewegung betätigen sollen, so müßte er selber den sofortigen Ausschuß der Sinzheimer aus der SPD. durchsetzen, wenn es ihm ernst wäre mit dem Interesse der Arbeiterbewegung. Wir haben das keine Moment für wahrscheinlich gehalten. Aber viele der Genossen, die in Opposition zum Parteivorstand stehen, hofften, daß diese einzig mögliche Antwort erfolgen würde.

Wenn aber, wie in Königsberg, fast die gesamte Ortsgruppe der SAJ. einen Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaft mit reaktionären Jugendverbänden im Reichsschuß der Deutschen Jugendverbände führt, so genügt das der reformistischen Bürokratie vollumfänglich, um die gesamte Ortsgruppe mit einem Federstrich aufzulösen. Es scheint, daß der Widerstand bei den jüngeren Genossen der SAJ. und der Jungsozialisten sich auch nicht durch diese diktatorischen Maßnahmen der Parteivorstände aufhalten läßt. In einer Berliner Versammlung der Jungsozialisten, in der Franz Künstler, der Bezirksvorsitzende der SPD. versuchte, seine Schandmaßnahmen zu beschönigen, erhob sich ein wahrer Proteststurm. Trotzdem Künstler auf seine Autorität pochte, hielten die oppositionellen Genossen mit ihren Auffassungen über eine Arbeiterpolitik nicht hinter dem Berge. Künstler konnte sich nur mit Mühe durchsetzen und von verschiedenen Jungsozialisten wurde ihm trefflich gesagt, daß er nur noch als „Schaukel Franz“ bei der Berliner Mitgliedschaft bekannt ist.

In dem Kampf der SPD. gegen den Jungordnerdienst der Jungsozialisten handelt es sich um eine offene Stellungnahme für das unter vollkommen reaktionärer Führung stehende Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Anlässlich einer internationalen Kundgebung der Berliner SPD. kam der tiefe Konflikt zwischen diesem Reichsbanner und der rebellierenden sozialdemokratischen Mitgliedschaft in einer offenen Schlägerei zum Durchbruch. Damit ist gewiß das Reichsbanner nicht erledigt. Der Jungordnerdienst wird als eine Abwehrformation gegen faschistische Ueberfälle in der richtigen Erkenntnis, daß das Reichsbanner als Organisation eine völlig unzuverlässige und unbrauchbare Waffe ist.

Der Kampf gegen den Faschismus kann wirksam nur geführt werden durch wirklich überparteiliche proletarische Klassenwehren, in denen gerade die proletarische Jugend an erster Stelle mitwirken mußte. Immerhin ist dieser erste Versuch, innerhalb der SPD. wehrhafte Gruppen gegen den Faschismus zu bilden, ein lehrreiches Beispiel. Nicht nur das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, sondern auch die sozialdemokratische Partei ist unfähig, den faschistischen Horden einen eisernen Wall entgegenzustellen. Das muß auch die Lehre für die oppositionellen Mitglieder der SAJ. und Jungsozialisten sein. Gerade weil wir als kommunistische Jugendopposition wissen, was es bedeutet, gegen eine entartete Parteibürokratie zu kämpfen, bedeutet jede Kapitulation vor solchen Beschlüssen des SPD.-Vorstandes ein Zurückweichen vor der faschistischen Gefahr.

Nach unserer Auffassung muß der Kampf mit aller Konsequenz zu Ende geführt werden. Wenn das nicht geschieht, war auch die Bewegung zur Sachfrage dieses Jungordnerdienstes eine verpuffte Angelegenheit. Die KJ.-Opposition wird allorts ihre Hand dazu reichen, daß die jungen revolutionären Elemente in allen proletarischen Organisationen den Kampf um die Schaffung einer wirkungsvollen Waffe gegen den Faschismus gemeinsam führen.





















